

Unerhörte Kinder – Rechtliche Fragestellungen und sozialpädagogische Praxis

Rückschau zur Fachtagung am 6.5.2025, Wien

54 ausgewählte Teilnehmer:innen bildeten auf der von [Netzwerk Kriminalpolitik](#), [VertretungsNetz](#) und [SOS-Kinderdorf](#) organisierten Tagung alle in diesem Zusammenhang relevanten Berufsgruppen ab.

Wolfgang Zinganell, Abteilungsleiter der Jugendwohngruppen des [Diakonie Zentrum Spattstraße](#), Vorstandsmitglied vom Verein SO! und als solches auch im Vorstand bei [FICE Austria](#), brachte in einem Kurzreferat unter anderem folgende Inhalte ein:

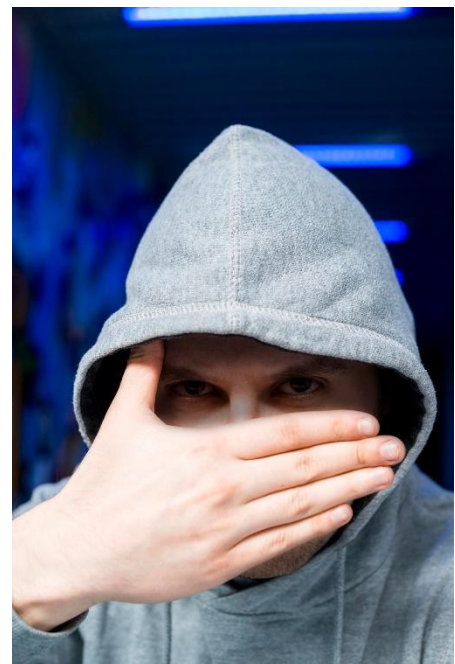
Was braucht die Sozialpädagogik in Zeiten wie diesen?

Um den Entwicklungen der letzten Jahre (Verschlechterung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, Fachkräftemangel, globale Krisen etc.) Rechnung zu tragen, muss auf enge Zusammenarbeit aller Systempartner:innen und Professionalisierung gesetzt werden. Erhöhungen der Personaldecke bei gleichzeitiger Senkung der Gruppengröße können dazu beitragen, intensiv- und erlebnispädagogischer sowie nachgehender zu arbeiten und das Herkunftssystem mehr einzubeziehen.

Die „heißen Eisen“

Strafmündigkeit und geschlossene Einrichtungen

Bezogen auf das Thema Strafmündigkeit sprach sich Wolfgang Zinganell gegen eine Herabsetzung des Strafalters aus. Auch wenn es sich nur um eine kleine Zahl von hoch straffälligen Jugendlichen handelt, die auch medial aufschlagen, braucht es aber dennoch eine fachliche Auseinandersetzung, wie dieser Gruppe abseits der Strafmündigkeit begegnet werden kann bzw. soll. Ansatzpunkte wie z. B. Prävention, Erlebnis- und Individualpädagogik und nachgehende Betreuung werden als förderlicher gesehen als geschlossene Einrichtungen. Geht die Entwicklung der Politik in eine Richtung, dass auf die Installierung solcher Unterbringungen dennoch nicht verzichtet werden will, gilt es in der Diskussion um die Rahmenbedingungen folgendes zu berücksichtigen:



Die Anhaltung muss temporär und zeitlich begrenzt sein. Währenddessen braucht es eine intensive, umfassende und auf die Zukunft ausgerichtete Betreuung. Tagesstruktur, Ausbildung, psychologische/psychiatrische sowie psychotherapeutische Begleitung sind unerlässlich, ebenso engmaschige Kontrollen und Evaluierungen. Grundlage für derartige Maßnahmen kann nur eine bundesweit gesetzliche Regelung sein.

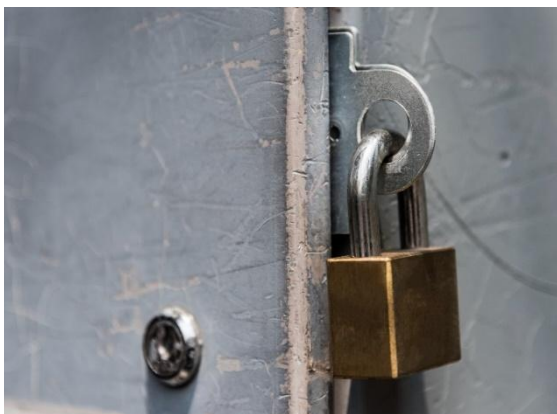
Grundsätzlich ist aber festzuhalten, dass sich sozialpädagogische Einrichtungen nicht als Vollzugsorgan, sondern als Ort der Beziehung, Sicherheit und Geborgenheit verstehen.

Die weiteren Beiträge der Fachteilnehmer:innen behandelten noch folgende Inhalte:

Was hat sich bewährt?

Positive Erfahrungen bei Kindern mit anhaltender bzw. schwerer Delinquenz wurden mit folgenden Interventionen gemacht:

- Intensivbetreuungen (bis hin zu einem 1: 1-Schlüssel)
- Wohngemeinschaften mit intensiver, hochqualifizierter sozialpädagogischer Betreuung und laufend weiterentwickelten Konzepten
- Erlebnispädagogische Ansätze, die die Kinder aus ihrer gewohnten Umgebung herausholen
- Intensive fallbezogene Vernetzungen (Kinder- und Jugendhilfe, sozialpädagogische Einrichtungen, Herkunftssystem, offene Jugendarbeit, Bildung, psychiatrische Versorgung, Polizei etc.)



Einsperren im Einzelfall? Gefahr von „Net-Widening“?

Trotz des Schwerpunkts auf die oben genannten Ansätze wurde darüber gesprochen, dass in besonderen Einzelfällen zeitlich eng befristete Formen von Freiheitsbeschränkungen indiziert sind. Alle Bemühungen sind jedoch darauf auszurichten, auch kurzfristige Freiheits-

beschränkungen durch entsprechende Vorbeugung möglichst zu vermeiden.

Freiheitsbeschränkungen machen nur dann Sinn, wenn sie der Vorbereitung von adäquaten Betreuungsformen ohne Freiheitsentzug dienen.

Aufgrund von Erfahrungen in anderen Rechtsbereichen (vorbeugende freiheitsentziehende strafrechtliche Maßnahmen) besteht die Gefahr von „Net-widening-Effekten“. Diese beschreiben das Phänomen, dass strafrechtliche Reformen, die

eigentlich zur Reduzierung von Inhaftierungen gedacht sind, paradoxerweise dazu führen, dass mehr Menschen mit dem Strafjustizsystem in Kontakt kommen.

So kann es zum Beispiel einerseits zu Freiheitsbeschränkungen bei einer Kindergruppe kommen, bei der solche nicht nötig oder bei entsprechender sozialpädagogischer, therapeutischer und psychiatrischer Intervention nicht die Ultima Ratio sind, und andererseits können Freiheitsbeschränkungen passieren, die in Häufigkeit, Dauer und Intensität nicht angemessen sind.

Daher ist eine engmaschige und sorgfältig ausgearbeitete gesetzliche Regelung notwendig, sofern die Errichtung von geschlossenen Einrichtungen tatsächlich umgesetzt wird. Zentral für die Verhängung freiheitsentziehender Maßnahmen müssen die Erfordernisse Eignung, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit sein. Ein hohes Ausmaß an Rechtsschutz durch zwingende rasche gerichtliche Entscheidungen, ein Anhörungsrecht für Kinder sowie deren rechtliche Vertretung in den Verfahren sind erforderlich.

Forderung nach bundesweiten Standards und Vernetzungen

Ausländische Erfahrungen, insbesondere in der häufig als Beispiel herangezogenen Schweiz zeigen, dass wirksame sozialpädagogische und therapeutische Maßnahmen bei „Unerhörten Kindern“ sehr kostenintensiv und personalaufwändig sind, sowie eine hohe konzeptionelle Kompetenz und Professionalität in der Umsetzung erfordern.

Daher ist die Entwicklung bundeseinheitlicher Standards in der Kinder- und Jugendhilfe unabdingbar, entsprechend den im Regierungsprogramm erwähnten „Goldstandards“.

Bei Kindern, die das reguläre System an ihre Grenzen bringen und durch hohe Delinquenz zusätzlich auf sich aufmerksam machen, bedarf es in der Maßnahmenplanung einer langfristigen Perspektive. Frühe, intensive und individuelle Betreuungsansätze verursachen hohe Kosten, langfristig sparen sie jedoch Folgeschäden und -kosten. Eine engere, produktivere und politisch eingeforderte Vernetzung der Stakeholder in diesem Bereich ist notwendig, um Interventionen mit langfristigem Verständnis zu setzen.

Die eintägige Veranstaltung hat das Potenzial einer solchen Vernetzung gezeigt. Eine geeignete Plattform für regelmäßige Vernetzung zu initiieren, war der Wunsch aller Teilnehmer:innen.